

Buchbesprechungen

Literaturbericht:

„Die Konzentration in der Wirtschaft“¹⁾

I.

Die Diskussion um die marktwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaft und damit um die wirtschaftspolitische Beeinflussung des fortschreitenden Konzentrationsprozesses ist allenthalben in vollem Gange: Die relevanten politischen Parteien haben im letzten Bundestagswahlkampf unterschiedliche Akzente in ihren Bekenntnissen zur freien bzw. sozialen Marktwirtschaft erkennen lassen²⁾. Gegen den Widerstand der Industrieverbände treten Bundesregierung³⁾ und Bundeskartellamt⁴⁾ für eine strenge Fusionskontrolle und eine Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen ein. Die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl 1972⁵⁾ enthielten einerseits im Zusammenhang mit dem Appell zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Preisstabilität⁶⁾ das Verlangen nach umfassender Novellierung des Kartellgesetzes (vorbeugende Fusionskontrolle und Ausdehnung des Kartellverbots auf abgestimmtes Verhalten zwischen Unternehmen) und andererseits die Forderung, Schlüsselindustrien und marktbeherrschende Unternehmen öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen und in Gemeineigentum zu überführen⁷⁾.

Unterdessen setzt sich der Konzentrationsprozeß in der "Wirtschaft im nationalen wie auch im internationalen Rahmen mit unverminderter Geschwindigkeit fort. So meldete das Bundeskartellamt zum 30. September einen neuen „Rekord“ für die Bundesrepublik von 221 Unternehmenszusammenschlüssen⁸⁾ für die ersten 9 Monate 1972 nach den Kriterien des GWB zur Anmeldung von Fusionen beim Bundeskartellamt⁹⁾.

In diesen Rahmen gehört die vom Verein für Socialpolitik¹⁰⁾ vorgelegte zweite,

-
- 1) Die Konzentration in der Wirtschaft, On Economic Concentration, zweite, völlig neu bearbeitete Auflage, herausgegeben von Helmut Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik (Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Neue Folge Bd. 20/ I + II, Berlin 1971.
 - 2) Das Langzeitprogramm der SPD (Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985) enthält einerseits die Feststellung, daß die SPD sich für eine „Stärkung des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft“ einsetzt (Ziff. 14). Andererseits aber ist es orientiert an den „Grundwerten des demokratischen Sozialismus“ (Ziff. 270).
 - 3) Vgl. den Novellierungsentwurf der Bundesregierung zum GWB, Bundestagsdrucksache VI/2520.
 - 4) Vgl. Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1971, Bundestagsdrucksache VI/3570.
 - 5) Veröffentlicht in „Die Quelle“, Funktionsärztezeitschrift des DGB, Sept. 1972.
 - 6) „Die zunehmende Konzentration in der Wirtschaft und die damit verbundene Machtzusammenballung erhöhen die Preis- und Gewinnspielräume der Unternehmer.“ Prüfstein Nr. 5 „Wirtschaftspolitik“ a. a. O.
 - 7) Diese Forderungen zur „Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht“ sind schon in dem am 23. 11. 1963 in Düsseldorf verabschiedeten Grundsatzprogramm des DGB enthalten. Vgl. dazu den Beitrag „Gewerkschaften und Konzentration“ von Heinz Markmann, in den hier zu besprechenden Sammelbänden, Bd. I, S. 513 ff.
 - 8) Darunter 16 Zusammenschlüsse, an denen Umsatzmilliardäre beteiligt waren.
 - 9) Frankfurter Rundschau vom 21. 10. 1972, vgl. auch den Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1971 a. a. O.
 - 10) Zusammenschluß von Wirtschaftswissenschaftlern, vorwiegend Hochschullehrern.

völlig neu bearbeitete Auflage der Untersuchungen zum Thema „Die Konzentration in der Wirtschaft“. *Helmut Arndt* als Herausgeber hebt die Bedeutung der Problematik folgendermaßen hervor: „Die Gestaltung der wirtschaftlichen Konzentration ist für die Erhaltung freiheitlicher, auf dem marktwirtschaftlichen Prinzip des Wettbewerbs beruhenden Wirtschaftsordnungen lebenswichtig geworden¹¹⁾.“ Um eine Überprüfbarkeit der folgenden Bewertung des Werkes¹²⁾ zu ermöglichen und um Maßstäbe für die Beurteilung der eingangs zitierten Forderungen zur wirtschaftspolitischen Beeinflussung der Konzentration und ihrer Realisierungschancen zu gewinnen, sollen *allgemeine Ansprüche und Erwartungen* formuliert werden, an denen die tatsächliche Ausgestaltung und der Inhalt des Werkes gemessen werden können.

Das Generalthema „Die Konzentration in der Wirtschaft“ läßt sich unter drei zusammenhängenden Aspekten behandeln, einem empirischen, einem theoretischen und einem wirtschaftspolitischen. Unter dem empirischen Aspekt ist eine Realanalyse der historischen Entwicklung und des Standes sowohl der Betriebs- und Unternehmenskonzentration als auch der Einkommens- und Vermögenskonzentration zu erwarten. Unter dem theoretischen Aspekt geht es um die Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten der Konzentrationsprozesse und die Erfassung der Wirkungen besonders auf den Konkurrenzmechanismus. Unter dem wirtschaftspolitischen Aspekt ist nach konkreten Möglichkeiten und Grenzen zur Gestaltung der ökonomischen Konzentrationsprozesse zu fragen.

II.

Das empirische Material zur „Konzentration in der Wirtschaft“ wird in den vorliegenden Bänden nur sehr lückenhaft dargeboten. Beiträge wie die über den Stand der Betriebs- und Unternehmenskonzentration in der BRD und den USA über internationale Konzentration oder über die Konzentration der Einkommen und Vermögen in der ersten Auflage fin-

den sich nicht in der vorliegenden Neuauflage wieder. Es gibt zwar einen sehr detaillierten Beitrag über „statistische Probleme der Erfassung von Konzentrationsphänomenen“ (*Hans Kellerer* und *Eberhard Schaich*), aber außer den Angaben in den Länderberichten¹³⁾ fehlt das empirische Material zum Stand und zur Entwicklung der Unternehmenskonzentration besonders für die BRD und die USA, obwohl für diese Länder (besonders die USA) einiges aufbereitungsfähige Material vorhanden ist¹⁴⁾. Dies ist um so bedauerlicher, als die theoretischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen ohne ein einigermaßen klares Bild über die tatsächliche „Konzentration in der Wirtschaft“ der Gefahr der Realitätsferne ausgesetzt sind¹⁵⁾. Zwar ist *Helmut Arndt* und *Günther Ollenburg* („Begriff und Arten der Konzentration“) zuzustimmen, daß es „konzentrationsrelevante Tatbestände gibt, die überhaupt keiner Messung zugänglich sind, weil sie qualitativer Art sind“¹⁶⁾, aber diese Phänomene müssen dann in Fallstudien analysiert werden, damit typische Erscheinungsformen, Bedingungskonstellationen und Auswirkungen erfaßt werden können, um so Anhaltspunkte für die tatsächliche Ver-

11) Vorwort des Herausgebers zur zweiten Auflage, a. a. O., S. V.

12) 1. Band: 27 Beiträge zu den Abschnitten: „Grundprobleme der Konzentration“ und „Gestaltung der Konzentration“, 2. Band: 24 Beiträge zu den Abschnitten: „Konzentrations Tendenzen und Konzentrationspolitik in ausgewählten Ländern und in der EWG“; „Spezielle Probleme der Konzentration unter besonderer Berücksichtigung der BRD“; „Konzentration als politisches und gesellschaftliches Problem“.

13) Vgl. die Berichte über Australien (V. G. Venturini), Benelux (H. W. de Jong), Frankreich (Andre Paul Weber), Italien (V. G. Venturini), Japan (Tazuhu Noguzi), Skandinavien (Günter Zenk), Großbritannien (Peter E. Hart), USA (Bernard Shull: Bankwesen, Ulrich Koester: landwirtschaftliche Konzentration).

14) John M. Blair (Production Techniques and Plant and Company Concentration) hat — allerdings nur unter der Fragestellung, wie weit der Fortschritt der Produktionstechnik die Betriebs- und Unternehmensgrößen beeinflusst — einen Teil dieses Materials in seinem Beitrag ausbreitet.

15) Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Solange die tatsächliche Bedeutung diagonal diversifizierter Unternehmen nicht erfaßt ist, wird sich die Wettbewerbstheorie und die Konzentrationspolitik auch weiterhin schwerpunktmäßig mit horizontalen und vertikalen Unternehmenszusammenschlüssen befassen.

16) Band I, a. a. O., S. 15.

breitung dieser „qualitativen“ Tatbestände zu gewinnen¹⁷). Diese Probleme gibt es für die Einkommens- und Vermögenskonzentration nicht, und es ist deshalb umso unverständlicher, warum dieses heute genauso brennende Thema wie das der damit zusammenhängenden Unternehmenskonzentration bzw. der Konzentration von Verfügungsmacht keinen Platz in diesem Werk gefunden hat¹⁸).

III.

In weiterer Anknüpfung an die eingangs geschilderten Erwartungen, ist zu fragen, wie das theoretische Werkzeug aussieht, mit Hilfe dessen „die Konzentration in der Wirtschaft“ analysiert wird. Hierbei ist zu unterscheiden zum einen nach der Theorie zur Erfassung der Konzentrationsphänomene und Konzentrationsprozesse (A) und zum anderen nach der theoretischen Begründung des „ordnungspolitischen Leitbildes“ (B), nach dem die Bewertung der Wirkungen der Konzentration erfolgt.

In den Beiträgen von Helmut Arndt („Begriff und Arten der Konzentration“; „Ökonomische Theorie der Macht“ und „Wettbewerbsprozesse, horizontale Konzentration und wirtschaftliche Entwicklung“) wird im Zusammenhang mit der Frage nach der Konzentration wirtschaftlicher Macht von der Begriffsbestimmung der Konzentration als „Ballung ökonomischer Größen“¹⁹) ausgegangen²⁰), ohne daß das erkenntnisleitende Interesse seiner Begriffswahl deutlich wird. Dabei ist die Gefahr gegeben, daß spezielle, sich aus der jeweiligen historischen Situation einer Gesellschaftsformation ergebende, Probleme durch unzulässige Gleichmacherei verwischt werden²¹). Konzentrationsprobleme in einer kapitalistischen Marktwirtschaft und Konzentrationsprobleme in einer sozialistischen Wirtschaft lassen sich nicht über *einen* theoretischen Leisten schlagen.

Die genannten Beiträge enthalten in einem über die bisherigen „Theorien“ hinausgehenden Schritt eine Beschreibung der Möglichkeiten der Gewinnmaximierung im

„Machtkampf“ zwischen den Unternehmen (bes. bilaterale Beherrschungs-Abhängigkeitsverhältnisse) bzw. durch die „Ausbeutung“ der Konsumenten auf Grund einer Marktbeherrschung, ohne daß im einzelnen erläutert wird, wie die Machtpositionen zustande kommen. Dies wird besonders deutlich in der Polemik gegen die Marktformenlehre²²). Es wird wider alle bisherige Erfahrung nämlich ausgeführt: „Für die Entstehung eines einheitlichen Gruppenverhaltens ist es grundsätzlich bedeutungslos, ob die Gruppe aus zwei, drei, zehn, hundert oder tausend Mitgliedern besteht. *Entscheidend ist die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Wettbewerb*“²³). Derartige „Theorien“ erschöpfen sich weitgehend in der — in vielen Punkten auch berechtigten — Kritik früherer Ansätze zur Erklärung des Konkurrenzverhaltens auf bestimmten Märkten, sie tragen aber wenig dazu bei, die Realität der Konkurrenz- und Konzentrationsprozesse analytisch zu erfassen²⁴).

17) Dies fehlt für die von H. Arndt angeführten „bilateralen Beherrschungs-Abhängigkeits-Verhältnisse“ völlig.

18) In dem Beitrag von Walter Adolf Jöhr: „Konzentration als Problem der Theorie der Wirtschaftspolitik“, 1. Band, a. a. O., S. 469 werden nur einige globale — überholte und in der dortigen Zusammenstellung wenig aussagekräftige — Zahlen zur Einkommens- und Vermögenskonzentration und deren Entwicklung erwähnt.

19) A. a. O., 1. Band, S. 7.

20) Eine Auseinandersetzung mit der von Hans Otto Lenel, „Ursachen der Konzentration“, 2. Auflage, 1968, S. 4 vorgelegten Definition, die, ausgehend von den Veränderungen der Verfügungsmacht die Aspekte der relativen und absoluten Konzentration zu vereinen sucht (vgl. dazu meine Besprechung in dieser Zeitschrift 1970, S. 549 ff.), erfolgt nicht.

21) So heißt es bei Arndt u. a. O., Band 1, S. 99, Anm.: „Ökonomische Macht — und zwar sowohl im Hinblick auf Marktmacht wie im Hinblick auf Beherrschungs-Abhängigkeits-Verhältnisse — ist in jeder Wirtschaftsordnung (und damit unabhängig vom Wirtschaftssystem) zu beobachten, wenn sie auch in verschiedenen Erscheinungsformen auftritt.“

22) Helmut Arndt, a. a. O., S. 119, Anm. 44: „Die ganze ‚Marktformenlehre‘ gehört in den Orkus!“

23) Ebenda, S. 119. Vgl. dagegen Hans Otto Lenel, „Die Problematik der Kartelle und Syndikate“, 1. Band, a. a. O., S. 203: „Formlose Absprachen sind z. B. bei vielen Marktteilnehmern kaum durchzusetzen. Bei zwei oder drei Marktteilnehmern dürften sie eher die Regel als die Ausnahme bilden.“ Vgl. auch Kantzenbach, „Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs“, 2. Auflage, Göttingen 1967, der nur von Strukturkriterien zur Bestimmung der Wettbewerbsintensität ausgeht.

24) So werden z. B. von Helmut Arndt, a. a. O., 1. Band, S. 120 f. die verschiedenen Möglichkeiten des unternehmerischen Verhaltens voraussetzungslos aufgezählt und nebeneinander gestellt.

Die Beiträge von *Corvin D. Edwards* („The Significance of Conglomerate Concentration in Modern Economics“ und „The Impact of International Cartels on International Trade“) erhalten demgegenüber eine das empirische Material fundiertere und systematischer verarbeitende Beschreibung der Praktiken, wie sich diagonal diversifizierte Unternehmen dem Wettbewerb entziehen bzw. welchen Zwecken internationale Kartelle dienen.

Gardiner C. Means („Collective Enterprise and Economic Theory“) wiederum hat einen sehr ambivalenten Beitrag zu dem Sammelwerk beige-steuert. Einerseits bringt er — in Abgrenzung zu bisher vertretenen theoretischen Ansätzen — eine Beschreibung der Zielsetzungen und Verhaltensweisen von großen, in Streubesitz befindlichen Aktiengesellschaften²⁵), andererseits — und im Gegensatz besonders zu seiner Beschreibung des Preisverhaltens²⁶) — führt er aus, daß in diesen Aktiengesellschaften „... das Management der Schiedsrichter geworden ist und auch der unparteiische Schiedsrichter sein muß zwischen den widerstreitenden Interessen der Investoren, der Arbeiter und der Konsumenten“²⁷). Im Sinne der hervorgehobenen „unterschiedlichen Standpunkte“, die in dem Werk vertreten werden, hätte diesen Ansichten ein Beitrag gegenübergestellt werden müssen, der — z. B. wie von *Mandel*²⁸) vertreten — den Nachweis zu erbringen sucht, daß die Erzielung und Akkumulierung von Profiten für die von Means behandelten Großunternehmen die gleiche Bedeutung hat wie bei den von den Unternehmern selbst geführten Unternehmen. Der Mangel auch einer polit-ökonomischen Analyse der Konzentration und der Konzentrationsprozesse in diesem Werk wird hier besonders deutlich.

Die theoretisch begründeten Maßstäbe zur Beurteilung der Konzentrationstatbestände und der Konzentrationsprozesse beziehen sich auf drei, nach der herkömmlichen Wissenschaftseinteilung abgegrenzte, Bereiche: die *Wettbewerbs-*, die *Wachstums-* und die *Demokratiethorie*.

1. In mehreren Beiträgen wird zum ordnungspolitischen Leitbild vom *Wettbewerb* ausgeführt, daß die Freiheit der Wettbewerbsprozesse mit der Folge des unternehmerischen Vorstoßes zur Innovation und der Möglichkeit der Nachahmung dem Konsumenten durch immer bessere Qualitäten und günstigere Preise zugute kommen. Während Arndt den Wettbewerbsprozeß in einer Folge von Aufbau prozessualer Monopole und deren Abbau durch Nachahmer sieht, schreibt *Kantzenbach* die optimale Wettbewerbsintensität der Marktstruktur der weiten Oligopole zu²⁹).

Beide Ansätze der Wettbewerbstheorie leiden an den gleichen immanenten Widersprüchen: Erfolgreiche Unternehmer müssen aus dem Wettbewerbsprozeß ausscheiden. Das gehört zu den Grundvoraussetzungen. Damit ist aber ein langfristiger Trend zur absoluten Konzentration verbunden. Die Gewinnakkumulation der erfolgreichen Unternehmer verändert die Chancengleichheit im Wettbewerbsprozeß und führt die modellmäßigen Voraussetzungen des auf Leistung gegründeten Wettbewerbs³⁰). Da außerdem weder für die Un-

25) Der Begriff „big collective enterprise“ ist irreführend, auch wenn es das Anliegen von Means ist, die Besonderheiten gegenüber dem „private enterprise“, dem Unternehmen, das dem Unternehmer selbst gehört, herauszustellen.

26) Vgl. 1. Band, a. a. O., S. 83 ff.

27) Ebenda, S. 97.

28) Vgl. Ernest Mandel, „Marxistische Wirtschaftstheorie“, Frankfurt/M. 1968, S. 502 ff., bes. S. 571 ff.

29) Kantzenbach, a. a. O., S. 160, nennt zu Beginn seines Beitrages „gesellschaftspolitische“ und „ökonomische“ Wettbewerbsfunktionen, die ihm als Maßstab der Beurteilung der Unternehmenskonzentration dienen. Am Schluß des Beitrages a. a. O., S. 152 äußert er selbst Zweifel an den von ihm aufgestellten Marktstrukturkriterien. Auf den Wandel in der wettbewerbspolitischen und wettbewerbstheoretischen Konzeption in der BRD weg von dem Leitbild der atomistischen Konkurrenz hin zum Konzept des funktionsfähigen Wettbewerbs geht der Beitrag von Meinhold (Wirtschaftspolitik und Konzentration), 2. Band a. a. O., S. 70 ff. ein. Vgl. dazu auch Jörg Huffschild: „Die Politik des Kapitals“, Frankfurt/M. 1969, bes. S. 127 ff.

30) Helmut Arndt und Günter Ollenburg, „Begriff und Arten der Konzentration“, 1. Band a. a. O., S. 26, setzen sich auf ihre Weise mit Gegenargumenten auseinander. Sie führen gegen „die von Fourier und Marx ausgesprochene Prophezeiung, daß die Unternehmenskonzentration noch im 19. Jahrhundert mit dem Wettbewerb zugleich die ‚kapitalistische‘ Wirtschaftsordnung beseitigen werde“, zwei

terscheidung der prozessualen von „zeitlosen“ Monopolen wirtschaftspolitisch handhabbare Kriterien angegeben werden, noch erläutert wird, wie die Marktstruktur der weiten Oligopole wirtschaftspolitisch abgesichert werden soll, haben diese Theorien ihrer objektiven Funktion nach den Charakter von Rechtfertigungslehren bestehender Zustände der ökonomischen Konzentration.

2. Während *Karl Brandt* („Konzentration und wirtschaftliches Wachstum“) die Wechselwirkungen von Unternehmenskonzentration und wirtschaftlichem Wachstum aus mikroökonomischer Sicht behandelt, setzt sich *Hans K. Schneider* („Beeinflussung der Konzentration als Ziel und Mittel der Wirtschaftspolitik“) unter anderem mit Fragen der Konzentrationsbeeinflussung als Mittel der mikroökonomischen Wachstumspolitik auseinander.

Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich der technische Fortschritt, „ist erst einmal ein hinreichender Konzentrationsgrad erreicht, durch weitere Erhöhung desselben nicht positiv beeinflussen“ läßt³¹). Leider wird auch in diesem Beitrag nicht im einzelnen verdeutlicht, wie denn der technische Fortschritt den Arbeitern und — über den Wettbewerbsmechanismus vermittelt — den Konsumenten zugute kommt; das wäre angesichts des noch weitgehend ungebrochenen Fortschrittsglaubens und der Wachstumseuphorie³²) wünschenswert gewesen.

3. In einem weit ausholenden *demokratiethoretischen* Beitrag hat *Eugen Kogon* („Die Wirkungen der Konzentration auf die Demokratie“) versucht, die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft nachzuzeichnen. Trotz vehementer Polemik gegen die Imperialismustheorien bestätigt er auf seine Weise, daß die ökonomischen Interessen des Bürgertums die staatliche Politik in der Demokratie einseitig geformt haben. Dazu steht freilich das naive Verständnis von der pluralistischen Demokratie im Widerspruch, das im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt: „... denn mag die ökonomisch-soziale Verfügungs-

macht einzelner oder von Verbänden so groß sein, wie sie will, niemand ist in der Tat gezwungen, in öffentlichen Angelegenheiten ihr willfährig zu sein, fast immer steht der Weg zur politischen, vor allem publizistischen Opposition offen, einer der Vorteile der pluralistischen Demokratie und die gesellschaftlichen Interessengegensätze sind groß genug, daß sich in der Regel auch die Mittel finden, zustimmende Bevölkerungsteile, wenn es nützt zu mobilisieren“³³). Die innere Unausgewogenheit dieses Beitrages wird auch deutlich, wenn einerseits „rein ökonomisch“ der Mißerfolg der US-amerikanischen Strukturpolitik konstatiert wird, andererseits aber die Rede davon ist, daß die „evolutionäre Gesellschaftsform weiterhin als aussichtslos erscheine“³⁴). Zu diametral entgegengesetzten Ergebnissen kommen *Baran/Sweezy*³⁵) angesichts der Entwicklung der US-amerikanischen Gesellschaft. Ein derartiger Beitrag fehlt in dem Werk.

IV.

Die — losgelöst von den einzelnen Länderberichten — erörterten *wirtschaftspolitischen Vorschläge* zur Gestaltung der Unternehmenskonzentration gehen fast alle von der Theorie des funktionsfähigen Wettbewerbs aus und empfehlen eine Konzentrationsförderung im unteroptimalen Bereich der Wettbewerbsintensität mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung, während die vorgeschlagene Fusionskontrolle die Herausbildung überoptimaler Wettbewerbsintensitäten verhindern soll. Diese Vorschläge bewegen sich in den aus-

Gründe an: „1. Die staatliche Gesetzgebung . . . hat die Voraussetzungen für den Verlauf der Wettbewerbsprozesse verändert. 2. Der Wettbewerbs-prozeß bringt neue Produkte hervor und damit — in vielen Fällen wenigstens — neue Märkte, auf denen der Konzentrationsprozeß von vorn beginnen kann.“

31) A. a. O., 1. Band, S. 444 f.

32) Vgl. dagegen Dennis Meadows, „Die Grenzen des Wachstums“, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

33) A. a. O., 2. Band, S. 611.

34) Ebenda, S. 639.

35) Paul A. Baran, Paul M. Sweezy, „Monopolkapital“, Frankfurt/M. 1967, bes. S. 211 ff.

getretenen Bahnen der wissenschaftlichen und politischen Diskussion, so daß von ihnen wohl kaum neue Impulse ausgehen werden.

Die engen Grenzen, in denen sich die Erörterungen bewegen, lassen sich paradigmatisch aus einem Beitrag zum Thema der rechtlichen Gestaltung der Konzentration aufzeigen. *Biedenkopf* („Konzentration als Rechtsproblem“) hat es unternommen, die Bedeutung von Privatrechtsnormen für den Prozeß der ökonomischen Konzentration herauszuarbeiten und hat Gestaltungsvorschläge unterbreitet. *Biedenkopf* fragt nach der Rolle der Privatrechtsinstitutionen wie Vertragsfreiheit, Eigentumsgarantie und Patentrechtsschutz und ihrer Interpretation im Zusammenhang mit den Versuchen privatwirtschaftlicher Marktregelung und Wettbewerbsbeschränkung. Ihm erscheint das Problem der Kontrolle wirtschaftlicher Macht bloß als Frage der Interpretation der Rechtsnormen und als Forderung nach Spezialgesetzen und Marktzugangserleichterungen. Der Ansatz bleibt so in der Beschreibung von Zusammenhängen zwischen Wirtschaftsrecht und ökonomischen Entwicklungen stecken.

V.

Gegenüber den bisher besprochenen Beiträgen liegt die eigentliche Fundgrube des Werkes in den *Länderberichten*, in denen besonders die Konzentrationspolitik im Rahmen der allgemeinen Entwicklung der einzelnen Länder behandelt wird. Bemerkenswert ist dabei, wie in einigen Ländern die direkte Konzentrationsförderung — besonders begründet mit dem Ziel der Erhaltung bzw. Erreichung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit — im Vordergrund steht (vgl. bes. *Andre Paul Weber*: *Concentration des entreprises et politique économique en France de 1945 a. 1970*; *V. G. Venturini*: *Economic Concentration and Concentration Policy in*

Italy; *Kozo Yamamura*: *Japanese Anti-Monopoly Policy: 1947—1970. From the Dissolution of the Japan Steel to the Birth of the New Japan Steel*; *Werner Zohlhöfer*: *Die Konzentrationspolitik in der EWG*³⁶⁾, während in anderen Ländern — jedenfalls dem äußeren Anspruch nach⁵⁷⁾ — die Antimonopolpolitik herausgestellt wird (vgl. bes. *P. Sargant Florence*: *Concentration Policy in the United Kingdom*; *Donald Dewey, Henry A. Einhorn*: *Policy Towards Industrial Concentration in the United States*)³⁸⁾.

VI.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, daß hier an der schwerpunktmäßigen Kritik einiger Beiträge der Inhalt und die wissenschaftlichen Standpunkte, die in dem Werk vertreten werden, aufgezeigt werden sollten. Gemessen an den eingangs geschilderten Maßstäben wird diese zweite Auflage den Erwartungen nicht gerecht.

Es sollte aus diesen Anmerkungen deutlich geworden sein, auf welchem problematischen Weg man sich befindet, wenn man sich immer noch, trotz sehr ernüchternder Erfahrungen mit der Antitrust- und Antikartellpolitik, von einer Intensivierung des Wettbewerbs durch Fusionskontrolle und Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen eine bessere Wirtschaftsordnung erhofft.

*Prof. Dr. Bernd-Peter Lange,
Universität Osnabrück,
Bereich Sozialwissenschaften*

36) Zu Frankreich vgl. bes. Gudrun Freitag, „Konzentrationspolitik in Frankreich“, Tübingen 1972.

37) Vgl. dazu z. B. für die USA: Bernd-Peter Lange, Jürgen-Heinrich Mendner, Heinz Berzau „Konzentrationspolitik in den USA“, Tübingen 1972.

38) Zu England vgl. bes. Jörg Huffschild „Konzentrationspolitik in England“, Tübingen 1972. Die Konzentrationspolitik in den skandinavischen Ländern läßt sich nicht so eindeutig zuordnen. Vgl. Günter Zenk „Konzentration und Konzentrationspolitik in den skandinavischen Ländern“.